



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

Herrn
Lothar Krauß

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON Referat Z A 4
TEL (+49 30) 18 580-0
FAX (+49 30) 18 580-9525
E-MAIL poststelle@bmjv.bund.de
AKTENZEICHEN Z A 4 – 1451/6 II – Z3 744/2015

DATUM Berlin, 9. Oktober 2015

BETREFF: Auskunft nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG)
HIER: Stellungnahme der EU-Kommission zum Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten
BEZUG: Ihr Antrag vom 14. September 2015 per E-Mail

Sehr geehrter Herr Krauß,

mit E-Mail vom 14. September 2015 bitten Sie das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) um Übersendung der Stellungnahme der EU-Kommission zum Gesetzentwurf zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten.

Ich bitte Sie um Verständnis, dass die Bearbeitung Ihres IFG-Antrags noch etwas Zeit in Anspruch nehmen wird.

Ich komme unaufgefordert auf Ihr Anliegen zurück.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

LIEFERANSCHRIFT Kronenstraße 41, 10117 Berlin
VERKEHRSANBINDUNG U-Bahnhof Hausvogteiplatz (U2)